



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Dietmar Weihrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Umstellungen der Genehmigungen für die Verfüllung von Tagebauen**

Kleine Anfrage - **KA 6/7523**

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Im sog. „Tongrubenurteil“ des Bundesverwaltungsgerichts (Az. BVerwG 7 C vom 14. April 2005) wurde festgestellt, dass die materiellen Maßstäbe des Bundesbodenschutzgesetzes bei der Verfüllung von Bodenabbauvorhaben - auch unter dem Bergrecht - voll anwendbar sind. Damit gelten auch die entsprechenden Vorsorgewerte des Bodenschutzes.

Als Konsequenz aus diesem Urteil sind die bestehenden Genehmigungen in Sachsen-Anhalt an die veränderte Rechtslage anzupassen.

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft**

##### **Vorbemerkung:**

Durch Gemeinsamen Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit (MW) und des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt (MLU) vom 19. Mai 2009 ist das **„Konzept zur Berücksichtigung der Belange des Bodenschutzes bei der Abfallverwertung in Tagebauen und Abgrabungen“** mit sofortiger Wirkung zur Anwendung in der Landesverwaltung in den bergrechtlichen abfall- und bodenschutzrechtlichen Vollzug beim Landesverwaltungsamt (LVwA) und beim Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB) eingeführt worden. Dieses Konzept sieht vor, dass die Verwertung von Abfällen im Bergbau auf der Grundlage der Technischen Regeln der Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA-Mitteilung 20, Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen, Allgemeiner Teil 2003, und Technische Regeln Boden 2004) und des Länderausschusses Bergbau (LAB - Anforderungen an die Verwertung von bergbaufremden Abfällen im Bergbau über Tage – Technische Regeln, 2004) sowie der für die durchwurzelbare Bodenschicht anzu-

(Ausgegeben am 19.07.2012)

wendenden Vollzugshilfe der Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Bodenschutz zu § 12 BBodSchV (LABO, 2002) erfolgt.

Zum Zeitpunkt der Einführung des Erlasses befanden sich 79 Steine-Erden-Betriebe im Aufsichtsbereich des LAGB, in deren Tagebauen auf der Grundlage von Sonderbetriebs- bzw. Abschlussbetriebsplanzulassungen bergbaufremdes Material zum Zwecke der Wiedernutzbarmachung eingesetzt wurde.

Für 26 Betriebe war eine Umstellung der Betriebspläne nicht erforderlich, da die Verfüllung zwischenzeitlich eingestellt wurde, eine Umstellung auf Deponiebetrieb unter Landkreisaufsicht erfolgt ist oder wegen Befristung der der Verkipfung zugrunde liegenden Zulassungen, Betriebsunterbrechungen oder Einstellung der Betriebe neue Betriebspläne zur Zulassung vorzulegen waren.

In einer ersten Phase wurden 14 Betriebsplanzulassungen gemäß der aktuellen Erlasslage umgestellt.

Ab 2011 folgten weitere 15 Änderungsbescheide. 14 Änderungsbescheide befinden sich in Bearbeitung. Sie liegen bereits im Entwurf vor und wurden den Unteren Abfallbehörden der Landkreise zur Stellungnahme oder den Unternehmen zur Anhörung übergeben.

Vorbehaltlich der 5 planfestgestellten Abbauvorhaben mit Verfüllbetrieb (s. u. Antwort zur Frage 3) ist beabsichtigt, die restlichen 5 Betriebsplanzulassungen bis 31. August 2012 anzupassen.

#### **Frage 1:**

**Für welche Abbauvorhaben - auch solche die dem Bergrecht unterliegen - wurden Umstellungsbescheide erlassen?**

Von den 79 Abbauvorhaben, die der Betriebsplanpflicht nach Bundesberggesetz unterliegen, wurden für 3 Tontagebaue, 3 Kalksteintagebaue, 22 Kiessandtagebaue und einen Kieselgurtagebau Änderungs- bzw. Umstellungsbescheide erlassen.

#### **Frage 2:**

**Welche Konsequenzen hatten die jeweils erlassenen Umstellungsbescheide?**

Acht der ab 2011 ergangenen Änderungsbescheide werden derzeit verwaltungsgerichtlich (1. Instanz) beklagt.

Die Umstellung der Bescheide führt zu Einschränkungen der für die Verfüllung zugelassenen Abfallarten. Folgende bisher genehmigte Abfallarten dürfen nicht mehr für die Verfüllung in Steine-Erden-Betrieben eingesetzt werden:

AVV-Nr.	Bezeichnung
010102	Abfälle aus dem Abbau von nichtmetallhaltigen Bodenschätzen
010413	Abfälle aus Steinmetz- und -sägearbeiten
170508	Gleisschotter

170802	Baustoffe auf Gipsbasis
170302	Bitumengemische
190203	Abfälle aus der chemischen, physikalischen Behandlung von Abfällen, die ausschließlich aus nicht gefährlichen Abfällen entstehen
191209	Mineralien
191302	Feste Abfälle aus der Sanierung von Böden
200202	Boden und Steine

Nach Auswertung der Verkippsberichte der letzten drei Jahre wurden die Genehmigungen hinsichtlich der Abfallarten nicht vollumfänglich in Anspruch genommen, lediglich Baustoffe auf Gipsbasis (170802) und Bitumengemische (170302) wurden in geringem Umfang in den Verfüllkörper eingebaut. Die Einschränkung der zugelassenen Abfallarten hat demzufolge keine wesentlichen tatsächlichen Auswirkungen auf zahlreiche Verfüllbetriebe.

Die Beschränkung der Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen (170101, 170102, 170103, 170107) auf technische Maßnahmen führt dazu, dass diese Abfallarten nunmehr zu einem großen Teil anderweitig entsorgt werden müssen. Dies kann zu höheren Transport- und Entsorgungskosten für andere Unternehmen führen, in denen Bauabfälle vermehrt anfallen.

Zu den Auswirkungen der strengeren Anforderungen an die Stoffbelastung auf die Verfüllbetriebe liegen dem LAGB bislang keine detaillierten Kenntnisse vor.

Einzelne Unternehmer haben nach erfolgter Bescheidumstellung angekündigt, von der weiteren Verfüllung mit tagebaufremden Massen Abstand zu nehmen. Dies kann auch zur Folge haben, dass eine geländegleiche Verfüllung der Tagebauhohlform nicht mehr möglich ist und die ursprünglich geplante landwirtschaftliche Nachnutzung in Frage gestellt ist.

Andererseits kann dies auch zu einer Erhöhung der Vielfalt der Nachnutzungsmöglichkeiten und damit zu einer Steigerung der Biodiversität führen.

### **Frage 3:**

**Für welche Abbauvorhaben wurden die bestehenden Genehmigungen noch nicht angepasst? Bitte jeweils eine Begründung angeben.**

Für einen Teil der Abbauvorhaben liegen Rahmenbetriebspläne vor, die eine Wiedernutzbarmachung der vom Abbau in Anspruch genommenen Fläche durch Verfüllung mit tagebaufremdem Material vorsehen. Diese Rahmenbetriebspläne wurden in einem Planfeststellungsverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung durch Beschluss des LAGB planfestgestellt. Davon umfasst ist auch die Art der Wiedernutzbarmachung durch Verfüllung, wobei teilweise die Zuordnungswerte älterer Grundlagen wie RESA, LAGA M20 (Stand 1997) verankert sind.

Zurzeit wird im LAGB in Abstimmung mit den Bergbehörden anderer Bundesländer geprüft, unter welchen rechtlichen Bedingungen eine Änderung der rechtskräftigen

Planfeststellungsbeschlüsse im Hinblick auf die Verkipfung tagebaufremder Materialien von Amts wegen möglich ist. Ein Grundsatzurteil eines Verwaltungsgerichts ist zu dieser Frage bislang noch nicht ergangen.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich aufgrund der rechtlichen Komplexität auch der Länderausschuss Bergbau.

Im Zuständigkeitsbereich des LAGB sind fünf Kiessandtagebauvorhaben betroffen.

Vorbehaltlich der vorgenannten planfestgestellten Verfüllbetriebe ist beabsichtigt, die restlichen Bescheide bis 31. August 2012 anzupassen.

#### **Frage 4:**

**Wurden in Ausnahmefällen, z. B. aus Gründen der Verhältnismäßigkeit, Ausnahmen erlassen, die die Überschreitung von Vorsorgewerten zulassen?**

Die Überschreitung von Vorsorgewerten für Böden gemäß § 9 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) i. V. m. Anhang 2, Ziffer 4 BBodSchV wurde in **keinem Fall** zugelassen.

In Anwendung der TR Boden, Ziffer 1.2.3.2 wurden in Gebieten mit naturbedingt erhöhten Stoffgehalten auf Antrag des Unternehmers höhere Zuordnungswerte (Ausnahmeregelung) für Bodenmaterial für die Parameter Leitfähigkeit, Sulfat und Chlorid zugelassen.

Diese höheren Zuordnungswerte resultieren aus der Auswertung von durchgeführten Grundwasseruntersuchungen im Anstrom des Verfüllkörpers als Ergebnis zweier Studien, die im Auftrag des Landesbetriebs für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt sowie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erstellt wurden und in denen für das Land Sachsen-Anhalt Hintergrundwerte für das Grundwasser untersucht und ausgewertet wurden.

Soweit der Geschäftsbereich des MLU betroffen ist, erfordert die Beantwortung der Fragen umfangreiche Erhebungen bei den nachgeordneten Behörden. Entsprechende Zuarbeiten sind angefordert.

Das MLU ist betroffen bei Abbauvorhaben, die nach Naturschutzrecht genehmigt werden. Bei Abbauvorhaben, die nach Wasserrecht genehmigt werden, also insbesondere Kiesgewinnung im Nassschnitt, kommen Verfüllungen nicht vor.

Für die nach Naturschutzrecht genehmigten Abbauvorhaben werden die Antworten unverzüglich nach Vorliegen der Stellungnahmen der nachgeordneten Naturschutzbehörden nachgereicht.